

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

4/2017

KLIMAGIPFEL COP 23
FIDSCHI/BONN

Klimaschäden – eine Perspektive aus Fidschi. Seite 2

Demo und mehr beim Klimagipfel in Bonn. Seite 3

Klimapolitik in Zeiten von Trump. Seite 4

EDITORIAL



Sven Harmeling
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor einem Jahr sendete der Wahlsieg Donald Trumps zu Beginn des UN-Klimagipfels und wenige Tage nach Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens Schockwellen durch das Konferenzzentrum von Marrakesch. Persönliche Niedergeschlagenheit, Angst um die erreichten klimapolitischen Fortschritte und Tränen bei engen NGO-FreundInnen wie auch hochrangigen VerhandlerInnen prägten die Stimmung. Ein Jahr später können wir sagen, dass sich die Hoffnung, die Klimakrise noch in den Griff zu bekommen, auch daraus speist, dass die weltweite (wie auch inneramerikanische) Gegenmobilisierung von Dauer ist. Die klimapolitische Isolierung der US-Regierung, sichtbar geworden auch bei der G7 und G20, ist heute noch offensichtlicher. Allerdings zählt für das Klima und die von seinem rapiden Wandel betroffenen Menschen, was unter dem Strich herauskommt: Wie schnell sinken die Emissionen, wie schnell wächst die Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimafolgen? Das Germanwatch-Team und seine vielfältigen Partner werden sich auch beim diesjährigen Klimagipfel dafür einsetzen, dass der globale Klimaschutz-Zug trotz beharrlicher Widerstände weiter an Fahrt gewinnen kann. Wenn den Worten auf internationaler Bühne endlich auch Taten im eigenen Land folgen, würde sicher auch für „Jamaika-Deutschland“ noch ein Platz in der ersten Klasse frei sein.

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Krishneil Narayan
aus Fidschi koordiniert die Arbeit des Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

Die COP 23 in Bonn ist unsere COP. Es ist das erste Mal, dass ein pazifischer Inselstaat den Vorsitz des Klimagipfels hat. Es ist unsere Gelegenheit, um als Zivilgesellschaft aus dem Pazifik die Aufmerksamkeit der Welt auf die Auswirkungen zu lenken, die der Klimawandel bereits auf unsere Inseln hat, und auf unsere Forderungen: Eine Obergrenze von 1,5 °C Erwärmung, ein schneller weltweiter Ausstieg aus Kohle und anderen fossilen Energieträgern und ausreichende Finanzierung für die Bewältigung von klimabedingten Schäden und Verlusten. Germanwatch unterstützt uns dabei, dass unsere Stimme in Bonn – 16.000 Kilometer von Fidschi entfernt – gehört wird.

Klima schützen – Kohle stoppen!

Klimagipfel und Koalitionsverhandlungen müssen Weichen richtig stellen

Die letzten Monate haben gezeigt, was es bedeutet, wenn tropische Wirbelstürme an Heftigkeit zunehmen und – ebenso wie ein stärkerer Monsun in Südasien – mehr Regenrekorde mit sich bringen. Gleichzeitig war es in der Arktis letztes Jahr mehr als fünf Grad Celsius zu warm. Im globalen Durchschnitt waren 2014, 2015 und 2016 die wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Diese heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels sind nur ein Vorgeschmack auf die zu erwartenden Konsequenzen, wenn die Klimakrise sich weiter zuspitzt. Deshalb ist jetzt die Zeit zu handeln. Darum geht es beim UN-Klimagipfel vom 6. bis 17. November in Bonn und bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin. Die Welt schaut beim Klimaschutz dieses Jahr auf Deutschland – so scharf, wie schon lange nicht mehr.

Und was bei der Klimapolitik in Deutschland zu sehen ist, ist blamabel: Bei den Vereinten Nationen, G7- und G20-Gipfeln setzt sich die Bundeskanzlerin oft für ehrgeizige Ziele ein, zuhause aber scheut sie bislang die notwendigen Schritte, um diese tatsächlich umzusetzen. In China sinken die Emissionen. Die Niederlande, Großbritannien, Kanada und andere Länder planen den Kohleausstieg. Deutschland aber, wo die Treibhausgasemissionen seit 2009 nicht gefallen sind, droht seine Klimaziele für 2020 krachend zu verfehlen. Es sei denn, die neue Bundesregierung nimmt den Klimaschutz von Anfang an endlich ernst. Dazu müssten insbesondere kurzfristig die dreckigsten Kohlekraftwerke abgeschaltet werden (s. Kasten rechts).

Die Staatengemeinschaft hat sich 2015 mit dem Pariser Klimaabkommen auf ehrgeizige Ziele verpflichtet. Insbesondere soll der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber den Temperaturen vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter zwei Grad, wenn möglich sogar 1,5 Grad Celsius, begrenzt werden. Doch die bisher vorliegenden nationalen Klimaschutzzusagen würden die globale Erwärmung nur auf etwa drei Grad begrenzen, selbst wenn sie vollständig umgesetzt würden. Deshalb ist jetzt die Zeit zu handeln! Es gilt, den in Paris gesetzten Rahmen mit Leben zu füllen.

Zeit zu handeln heißt für die internationalen Verhandlungen, dass strenge Umsetzungsregeln für das Abkommen formuliert werden müssen, die es wahrscheinlicher machen, dass Ziele eingehalten werden. Das ist die Aufgabe des Klimagipfels in Bonn, der 23. Vertragsstaatenkonferenz COP 23 (s. Kasten unten). Es ist der erste Klimagipfel, der unter dem Vorsitz eines kleinen Inselstaates, nämlich der Fidschi-Inseln, ausgerichtet wird. Staaten wie Fidschi, die existentiell vom Klimawandel bedroht sind,



fordern mehr finanzielle Unterstützung für die Anpassung an den Klimawandel und für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten. Gleichzeitig fordern die verletzlichsten Staaten mehr Klimaschutz, denn sonst drohen Auswirkungen, die selbst mit enormer finanzieller Hilfe nicht bewältigbar wären. 48 besonders betroffene Entwicklungsländer haben sich verpflichtet, ihre Energiesysteme schon zwischen 2030 und 2050 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen. Die pazifischen Inselstaaten fordern in der 2015 unter der Führung Fidschis verabschiedeten Suva-Deklaration ein internationales Moratorium für neue Kohlebergwerke.

Zeit zu handeln heißt für nationale Regierungen jetzt, Prozesse zu starten, um ihre Klimaziele so zu verschärfen, dass sie zu den globalen Zielen des Pariser Abkommens passen. Vor allem aber müssen sie bestehende Ziele auch wirklich umsetzen. Und genau hier hapert es in Deutschland ganz besonders. Nach einem guten Start mit der Energiewende haben die Bundesregierungen unter Angela Merkels Führung den Mut verloren, Deutschland auf einen Pfad zu bringen, mit dem es seine Klimaziele erreicht. Jetzt kommt es auf die Koalitionsverhandlungen an. Noch kann Deutschland die Großblamage einer massiven Verfehlung seines Klimaziels für 2020 abwenden. Doch dafür bedarf es jetzt Schritten, zu denen man politischen Mut braucht. Die Hälfte der Kohlekraftwerke muss in den nächsten Jahren vom Netz – das ist möglich, bedarf aber des politischen Mutes. Es geht aber auch um den konsequenten Einstieg in die Wärmedämmung unserer Häuser, um eine Verkehrswende, bei der es um mehr als Elektroau-

tos geht, um einen Umbau der Landwirtschaft sowie um die Einleitung der Transformation der Schwerindustrie. Sollte die neue Bundesregierung diese Themen verschlafen, wird es in vier Jahren für das 2030-Ziel ähnlich schlecht bestellt sein wie heute für das 2020-Ziel.

Lutz Weischer & Christoph Bals

Kohle: Die Hälfte muss sofort vom Netz

„Wir werden Wege finden, wie wir bis 2020 unser 40-Prozent-Ziel einhalten. Das verspreche ich Ihnen“. Das sagte Angela Merkel am 14.09.2017 auf eine Zuschauerfrage im ZDF.

Daran muss sich die Bundeskanzlerin messen lassen. Nach derzeitiger Prognose wird das Ziel von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 um acht bis zehn Prozent krachend verfehlt – wenn jetzt nicht energisch umgesteuert wird. Dafür muss bis 2020 die Hälfte der Kohlekraftwerke vom Netz. Und zwar zusätzlich zu bereits geplanten Abschaltungen in dieser Zeitspanne.

Der Kohleausstieg ist nicht alles, aber ohne Kohleausstieg ist alles nichts. Wir brauchen neben einem geordneten vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2035, daher auch ein Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in allen Sektoren. Sonst können wir auch das Klimaziel für 2030 schon bald beerdigen.

Tobias Pforte-von Randow

Was steht bei der COP 23 auf der Tagesordnung?

Umsetzungsregeln für das Paris-Abkommen

Die VerhandlerInnen müssen den Textentwurf für die Regeln der konkreten Umsetzung des Paris-Abkommens erstellen. Das sogenannte Regelbuch soll im nächsten Jahr beim Klimagipfel in Polen beschlossen werden. Unter anderem sollen Berichts- und Transparenzregeln sicherstellen, dass eine Tonne CO₂ in einem Land einer Tonne CO₂ in einem anderen Land entspricht und dass die zugesagte Klimafinanzierung auch tatsächlich fließt.

Startschuss für die Nachbesserung der Klimaziele

Bei der COP 23 muss festgelegt werden, wie die erste Nachbesserungsrunde der Klimaziele der Staaten im kommenden Jahr aussehen soll. Dabei geht es um die Erhöhung der nationalen Ziele, die bislang bei Weitem nicht ausreichen, um den globalen Temperaturanstieg auf deutlich weniger als 2 °C, wenn nicht gar 1,5 °C zu begrenzen.

Sichere Zukunft des Anpassungsfonds

Der Anpassungsfonds des Kyoto-Protokolls feiert auf der COP 23 nicht nur sein zehnjähriges Bestehen, sondern muss auch seinen Platz in der neuen Architektur des Paris-Abkommens finden. Länder, die sich bisher nicht am Fonds beteiligen, müssen

einer langfristigen Perspektive für den Fonds auch zustimmen.

„Schäden und Verluste“ höher gewichten

Das Thema unvermeidbare Schäden und Verluste durch die globale Klimakrise muss mehr Gewicht in der internationalen Klimapolitik bekommen. Dazu sollen in Bonn ein neues Arbeitsprogramm beschlossen und genügend Finanzierung für dessen Umsetzung bereitgestellt werden. Außerdem sollte das Thema regelmäßig Platz auf der Agenda der Klimaverhandlungen finden.

Rixa Schwarz

Wie weiter mit dem Anpassungsfonds?

Zehn Jahre Unterstützung für konkrete Anpassung in den ärmsten Ländern



ADAPTATION FUND

Auf dem UN-Klimagipfel in Marrakesch 2001 wurde die Gründung eines Klima-Anpassungsfonds beschlossen, der 2007 seine Arbeit aufnahm. Dieses Jahr feiert der Anpassungsfonds also sein zehnjähriges Bestehen. Beim Klimagipfel in Bonn wird aber nicht nur gefeiert, es müssen auch Weichen für die Zukunft des Fonds gestellt werden.

Der Anpassungsfonds zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er die Finanzierung für kleine, konkrete und dringliche Projekte in Entwicklungsländern bereitstellt. Dabei ist ausdrücklich festgelegt, dass er vor allem besonders verletzte Bevölkerungsgruppen unterstützen soll. Außerdem war er der erste Klimafonds, der den sogenannten „Direktzugang“ ermöglichte. Das heißt, dass nationale Institutionen aus Ländern des Globalen Südens Gelder direkt beim Fonds beantragen können, ohne den Umweg über eine internationale Implementierungsorganisation, wie beispielsweise die Weltbank, gehen zu müssen. Mit seinen mittlerweile 25 nationalen Durchführungsorganisationen leistet er einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Institutionen im Globalen Süden. Seit 2010 hat der Fonds rund 418 Millionen US-Dollar für konkrete Aktivitäten in 67 Ländern bereitgestellt, von denen insgesamt mehr als fünf Millionen Menschen profitieren.

Der Fonds war auch ein Pionier für innovative internationale Finanzquellen, denn ursprünglich wurde der Anpassungsfonds aus einer



Mangrovenpflanzung zum Küstenschutz in einem vom Anpassungsfonds finanzierten Projekt.

Abgabe auf den internationalen Handel mit Emissionszertifikaten im Clean Development Mechanism gespeist. Das Handelsvolumen und der Zertifikatspreis dieses unter dem Kyoto-Protokoll geschaffenen Emissionshandelssystems sind in den letzten Jahren jedoch stark abgefallen und über diesen Finanzierungsweg kommen kaum noch Einnahmen. Der Fonds ist daher momentan vor allem auf Zuwendungen von Geberländern angewiesen.

In Sachen Transparenz und Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Beteiligung ist der Anpassungsfonds ebenfalls ein Vorreiter. Alle Projektvorschläge werden online gestellt und

können kommentiert werden, bevor das Direktorium sie bewilligt. Zivilgesellschaftliche Gruppen können diese Möglichkeit nutzen und auch an Direktoriumssitzungen als Beobachter teilnehmen. 2010 rief Germanwatch gemeinsam mit Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk ins Leben, um die Projekte und Prozesse des Fonds konstruktiv-kritisch zu beobachten und zu analysieren. Der vom Netzwerk organisierte Dialog zwischen Direktoriumsmitgliedern und der Zivilgesellschaft ist mittlerweile fester Bestandteil der Tagesordnung von Direktoriumstreffen.

In den vergangenen Jahren hat der Anpassungsfonds seine wichtige Rolle bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels in

Entwicklungsländern beweisen können. Damit der Fonds diese entscheidende Rolle auch in Zukunft fortführen kann, müssen vor allem die Industrieländer auch in Zukunft die nötigen finanziellen Ressourcen bereitstellen. Da der Fonds unter dem Kyoto-Protokoll eingerichtet wurde, muss nun geklärt werden, dass er seine Arbeit auch unter dem Paris-Abkommen fortsetzen kann. Das wurde bereits im vergangenen Jahr grundsätzlich beschlossen, doch bei der diesjährigen Weltklimakonferenz in Bonn müssen eine Reihe technischer Fragen geklärt werden, damit die bereits zehnjährige Erfolgsgeschichte des Anpassungsfonds tatsächlich weitergehen kann.

Julia Grimm & Paula Schäfer

Klimabedingte Schäden und Verluste – eine Perspektive aus Fidschi

Klimabedingte Schäden und Verluste bezeichnen die Auswirkungen des Klimawandels, die die ökologische oder menschliche Anpassungsfähigkeit überschreiten. Sie umfassen Auswirkungen von Wetterextremen wie Überschwemmungen, Dürren oder Stürmen, oder solche, die durch langsam fortschreitende Klimaveränderungen entstehen wie Meeresspiegelanstieg, Meeresversauerung, Trinkwasser- und Bodenversalzung oder Wüstenbildung. Während wirtschaftliche Auswirkungen wie Infrastrukturschäden leicht zu beziffern sind, ist dies ungleich schwerer bei nicht-wirtschaftlichen Auswirkungen wie dem Verlust von Menschenleben, Biodiversität, Heimat oder Kulturgut.

Als pazifischer Inselstaat bekommt Fidschi die Auswirkungen des Klimawandels, inklusive Schäden und Verluste, schon jetzt zu spüren. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die weltweit erste Umsiedlung von Gemeinden in Fidschi im Jahr 2014. Vunidogoloo war eines der Dörfer, die aufgrund von Küstenerosion und Überschwemmung in höhere Gebiete in Fidschi umgesiedelt wurden. 2016 verursachte „Winston“ als bisher stärkster Wirbelsturm der südlichen Hemisphäre massive Schäden. 350.000 Menschen (40 Prozent der Bevölkerung Fidschis) waren betroffen, unter anderem durch Vertreibung von 60.000 Personen und 40.000 beschädigten Häusern. Winston verursachte Schäden im Wert von 470 Mio. US\$, etwa zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes Fidschis.

Nun hat Fidschi die Präsidentschaft der COP 23 übernommen und sitzt dieses Jahr dem internationalen Klimagipfel vor. Es ist das erste Mal, dass ein kleiner Inselstaat diese Aufgabe übernimmt. Die pazifischen Inselstaaten kämpfen um nichts Geringeres als ihr Überleben.

Die weltweite Verbrennung fossiler Energieträger führen zu Schäden und Verlusten im Pazifik und es ist entscheidend, dass die Behandlung des Themas während der COP 23 vorangetrieben wird.

Fidschi hat Schäden und Verluste als eine der Prioritäten für die COP 23 herausgestellt. Das Pacific Islands Climate Action Network (PICAN) ist überzeugt, dass dazu mehrere Ergebnisse auf der COP 23 – der „pazifischen COP“ – erreicht werden können. Dazu gehören:

1. Die Schaffung der „Fiji Initiative für die Finanzierung von Schäden und Verlusten“ mit dem Ziel, eine angemessene Finanzierung zur Verfügung zu stellen, die dem Problem entspricht.
2. Die Einrichtung einer Versicherungsfazilität, die es den pazifischen Inselstaaten erlaubt, Ressourcen zu bündeln und Mittel an Gemeinden zu verteilen, die von Wetterextremen oder dem Meeresspiegelanstieg betroffen sind.
3. Die Anerkennung, dass Umsiedlung immer der letzte Ausweg für eine Gemeinde ist und dass diejenigen, die sich für eine Umsiedlung entscheiden oder dazu gezwungen sind, dies unter sicheren und würdevollen Bedingungen tun können.
4. Einen COP-Beschluss, für Schäden und Verluste auch nicht-monetäre Ressourcen zur Verfügung zu stellen und für die Betroffenen Kanäle zum Erfahrungsaustausch zu öffnen.

Genevieve Jiva, Referentin für COP 23 beim Pacific Islands Climate Action Network (PICAN)

Übersetzung: Roxana Baldrich

Startschuss für die erste Nachbesserungsrunde der Klimaziele

Die bislang eingereichten Klimaziele der Staaten reichen in ihrer Summe nicht aus, um die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, geschweige denn 1,5 °C zu begrenzen und einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Die globale Ambition muss dringend erhöht werden, gerade auch um die besonders Verletzlichen zu schützen. Deswegen wurde in Paris vereinbart, einen Mechanismus vorzusehen, mit dem die Ziele regelmäßig alle fünf Jahre überprüft und verschärft werden sollen. Zwei wichtige Elemente dieses Ambitionsmechanismus stehen bei der COP 23 auf der Agenda.

Der erste Dialog zur Zielerhöhung beginnt

In Paris wurde vereinbart, 2018 einen Dialog über die Angemessenheit der nationalen Ziele und ihre mögliche Erhöhung zu organisieren, bevor deren Umsetzung ab 2020 beginnt. Die COP 23 wird der Auftakt des Dialogs, der sich mit Themenworkshops und regionalen runden Tischen über das kommende Jahr hinwegziehen wird. Partizipativ, motivierend und lösungsorientiert soll der Dialog erste Lehren aus den nationalen Klimaschutzverpflichtungen und Initiativen zum Klimaschutz ziehen und Möglichkeiten für ihre Nachbesserung identifizieren. Einzelne Meilensteine stehen bereits fest: Der kalifornische Gouverneur Brown lädt subnationale und nicht-staatliche Akteure – Bundesstaaten, Städte und Unternehmen – zu einer Konferenz im September 2018 ein und einen Monat später erscheint der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC dazu, wie Entwicklungspfade aussehen können, um den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 1,5 °C zu begrenzen. Nicht weniger wichtig können auch regulär stattfindende Zusammenkünfte wie das Weltwirtschaftsforum oder die G7- und G20-Gipfel zum Dialog beitragen.

Der Erfolg des Dialogs wird daran gemessen werden, ob sich Ende 2018 eine Gruppe von

Vorreiterstaaten dazu bereit erklärt, ambitioniertere Klimaziele vorzulegen. Durch die im Mai 2019 anstehende Wahl der EU-Kommission ist dieser Zeitrahmen für die EU problematisch. Das darf aber kein Grund für europäische Länder sein, sich am vorbereitenden Dialog nicht konstruktiv zu beteiligen. Eine Vorreitergruppe von EU-Staaten kann bereits 2018 ankündigen, dass sie direkt nach der Wahl der EU-Kommission auf eine Erhöhung der Ziele und wirksame Instrumente zur Umsetzung hinwirken wird. Diese Vorreiter können durch eigene verschärfte Ziele und Unterstützungszahlungen andere EU-Staaten animieren, ihre Ziele ebenfalls nachzubessern.

Strenge Regeln für die globale Bestandsaufnahme schaffen

Beim Klimagipfel in Bonn wird auch die Ausgestaltung der globalen Bestandsaufnahme für die Umsetzung der Pariser Ziele verhandelt. Dieser langfristig angelegte Kern des Ambitionsmechanismus soll erstmalig in der zweiten Nachbesserungsrunde ab 2023 und danach alle fünf Jahre stattfinden. Er soll vier Ziele verfolgen: i) die gemeinsame Bewertung der bisherigen globalen Maßnahmen zu Emissionsminderung, Anpassung und finanziellen und technologischen Unterstützung; ii) das Erkennen von Handlungslücken und Identifizieren von Möglichkeiten, diese Lücken zu schließen; iii) die Setzung eines starken Signals zur Ambitionserhöhung an Regierungen und iv) das Verstärken der internationalen Zusammenarbeit zu Emissionsminderung, Anpassung und Klimafinanzierung.

Da eine hässliche Lücke zwischen den Temperaturlimits des Paris-Abkommens und den heutigen Klimazielen der Staaten klafft, sind wirkungsvolle Regeln für die globale Bestandsaufnahme ein Kernelement für ein starkes Paris-Abkommen.

Rixa Schwarz



Strand des umgesiedelten Dorfs Vunidogoloo auf Fidschi.

Mit der globalen Erwärmung wächst die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen

Interview mit dem Klimaforscher Prof. Dr. Stefan Rahmstorf

Dieses Jahr war von vielen und heftigen Wetterkatastrophen geprägt – mit ganz besonders heftigen Wirbelstürmen. War die Hurrikansaison wirklich so besonders?

Die Tropenstürme Harvey, Irma und Ophelia waren nicht normal. Harvey hat in den Vereinigten Staaten noch nie dagewesene Regenmengen verursacht. Noch nie hat ein Tropensturm irgendwo auf der Welt so lange eine Windgeschwindigkeit von 300 Stundenkilometern gehalten wie Irma: 37 Stunden. Der bisherige Rekord waren 24 Stunden beim Tropensturm Haiyan, der 2013 im Pazifik entstand und die Philippinen getroffen hat – das war übrigens weltweit der stärkste Sturm seit Beginn der Aufzeichnungen. Und Ophelia war der erste Hurrikan, der derart weit nordöstlich im Atlantik die Stärke 3 erreichte. Nach den ersten Prognosen sollte er sogar Portugal treffen, drehte dann aber zum Glück nach Norden ab.

Warum erhöht ein globaler Temperaturanstieg die Wahrscheinlichkeit von starken tropischen Wirbelstürmen?

Warmes Meerwasser macht tropische Wirbelstürme erst möglich und treibt sie an. Denn die Wärmeenergie ist die Energiequelle für diese

Stürme. Deswegen gibt es tropische Wirbelstürme erst ab 26 Grad Celsius Wassertemperatur und nicht etwa hier bei uns. Auch in den Tropen gibt es sie nur im warmen Halbjahr. Wenn es noch wärmer wird, steigt die potenzielle Intensität, das ist die maximale Windgeschwindigkeit, die ein solcher Sturm erreichen kann. Sie liegt umso höher, je wärmer die Meerestemperaturen sind. Das kann man aus einer thermodynamischen Gleichung errechnen.

Auch der Monsun in Indien und Nepal hat Rekordausmaße erreicht. Gibt es auch da einen Klimazusammenhang?

Sowohl die tropischen Wirbelstürme als auch der Monsun sind komplexe Vorgänge, die von Jahr zu Jahr stark schwanken können. Das sind natürliche Wetterschwankungen. Aber es gibt darunterliegende physikalische Prinzipien, die die langfristigen Trends mit erklären können. Ein Grundprinzip ist, dass eine warme Atmosphäre mehr Feuchtigkeit aufnehmen und dann auch abregnen kann. Deshalb erwartet man in einem wärmeren Klima stärkere Extremereignisse. Vor einigen Jahren hat eine weltweite Auswertung von Niederschlagsdaten, die wir am Potsdam Institut für Klimafolgen-

forschung durchgeführt haben, ergeben, dass die Anzahl der Tagesrekorde bei den Niederschlägen bereits weltweit signifikant zugenommen hat. Beim Monsun spielt neben diesem weltweit spürbaren Effekt noch ein weiterer eine Rolle.

Welcher ist das?

Angetrieben werden die Monsunregenfälle vom Kontrast zwischen dem warmen Land und dem kühleren Meer im Sommer. Dadurch steigt die warme Luft über dem Land auf und saugt die feuchtigkeitsgesättigte Luft über das Land. Dieser Land-Meer-Kontrast verstärkt sich durch die globale Erwärmung, weil sich die Landmassen rascher erwärmen als die Meere. Deswegen – und dies bestätigen auch die Modellrechnungen – hat der Weltklimarat IPCC in seinem fünften Sachstandsbericht zunehmende Monsunintensität als Folge der globalen Erwärmung vorhergesagt.

Und was passiert in der Arktis? Auch in der Arktis reiht sich in diesem Jahr Wetterrekord an Wetterrekord. Beobachten wir da das Klima im Wandel?

Absolut. Und die Arktis wandelt sich rascher als der Rest der Welt, weil dort ein Verstärkungseffekt auftritt, nämlich die abnehmende



Schnee- und Eisbedeckung. Dadurch wird vor allem im Sommer mehr Sonnenstrahlung absorbiert und nicht ins All zurückgespiegelt. Das ist ein Effekt, den wir seit Jahrzehnten beobachten.

Generell sind für uns als Klimaforscher vor allem die Langzeittrends relevant. Medien interessieren sich vor allem für aktuelle Ereignisse. Einzelne Wetterereignisse haben aber natürlich eine starke Zufallskomponente. Auch wenn der Würfel gezinkt ist, ist keineswegs sicher, dass beim nächsten Wurf die sechs fällt. Genauso wenig sicher ist, dass es nächstes Jahr wieder ein Rekordjahr für Wirbelstürme gibt. Aber durch die globale Erwärmung wächst stetig die Wahrscheinlichkeit von Extremereignissen – gerade auch von nie zuvor beobachteten Extremen.

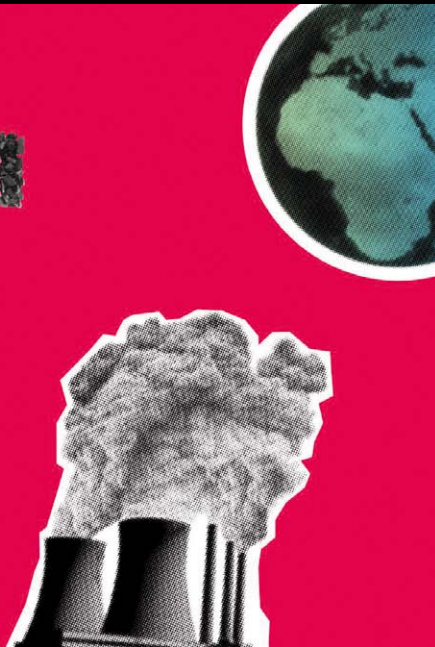
Interview: Christoph Bals

Stefan Rahmstorf, 57, erforscht am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung die Rolle der Meere im Klimasystem. Als erster Forscher außerhalb der USA erhält er dieses Jahr den Climate Communication Prize der American Geophysical Union.

AKTION

**KLIMA
SCHÜTZEN
– KOHLE
STOPPEN!**

**Demonstration zur
Weltklimakonferenz
4. November 2017 – Bonn**



Beim Klimagipfel COP 23 kämpfen wir gemeinsam mit tausenden Menschen aus aller Welt für Klimagerechtigkeit und mehr Ambition im Klimaschutz. Mit unserem bunten und friedlichen Protest drängen wir die neu gewählte Bundesregierung, den Pariser Klimavertrag konsequent umzusetzen und die deutschen Klimaziele einzuhalten – daher: Kohlekraftwerke endlich abschalten!

Wir fordern schnelles Handeln und einen verbindlichen Fahrplan für einen sozialverträglichen Kohleausstieg. Das schützt das Klima und ermöglicht es, Perspektiven

für die betroffenen Menschen und Regionen zu entwickeln. Nur wenn die Kohle- meiler schnell vom Netz gehen, können wir die Pariser Klimaziele einhalten. Schon in wenigen Jahren muss die älteste und schmutzigste Hälfte der Kohlekraftwerke vom Netz sein. Denn der Klimaschutz entscheidet sich am Kohleausstieg!

Kommen Sie am 4. November nach Bonn und demonstrieren Sie mit: um 12 Uhr auf dem Münsterplatz gegen Kohle und für eine entschlossene und gerechte Klimapolitik bei uns und weltweit!

Alle Infos: www.klima-kohle-demo.de

Rund um den Klimagipfel in Bonn

Während der zweiwöchigen COP 23 vom 6. bis 17. November finden viele begleitende Veranstaltungen in Bonn statt, an denen jede/r teilnehmen und sich informieren kann. **Eine einmalige Gelegenheit, um sich mit dem Klimawandel, seinen Herausforderungen und Chancen zu beschäftigen und sich zu vernetzen!**

- ▶ People's Climate Summit 3. bis 7. November: www.pcs2017.org
- ▶ Weitere Aktivitäten der Zivilgesellschaft rund um COP 23: www.climate-protest-bonn.org
- ▶ Veranstaltungskalender der Stadt Bonn: www.t1p.de/g9t4
- ▶ Weitere Infos zur COP 23 auf der Germanwatch-Website: www.germanwatch.org/cop23

Saúl Luciano Lliuyas Kampf für Klimagerechtigkeit

Beim Klimagipfel in Bonn wird auch über den Umgang mit klimabedingten Verlusten und Schäden diskutiert. Denn für die Präsidentschaft aus dem kleinen Inselstaat Fidschi steht dieses Thema ganz oben auf der Agenda. Doch die Verhandlungen zu internationalen Antworten auf die wachsende Zahl an Schäden und Verlusten gehen nur langsam voran. Vielen vom Klimawandel betroffenen Menschen drohen aber schon jetzt immense Gefahren, welche ein sofortiges Handeln erfordern.

Auch Saúl Luciano Lliuya kann nicht länger warten. Ihm und rund 50.000 weiteren Menschen in seiner Heimatstadt in den peruanischen Hochanden droht eine verheerende Flutkatastrophe. Der Gletschersee Palcacocha oberhalb seiner Heimatstadt Huaraz ist durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze auf ein gefährliches Volumen angewachsen und droht, jederzeit auszubrechen, wenn Gletscherteile abbrechen und hineinrutschen.

Doch der peruanische Bergführer und Andenbauer Saúl Luciano Lliuya nimmt sein Schicksal in die Hand. Er möchte den Menschen in Huaraz helfen und das Risiko einer zerstörerischen Gletscherflut abwenden. Gemeinsam mit seiner Anwältin Dr. Roda Verheyen und der Unterstützung von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit kämpft Saúl Luciano Lliuya für globale Klimagerechtigkeit. Er möchte, dass der größte CO₂-Emittent in Europa, der Energiekonzern RWE, Verantwortung übernimmt. Ende 2015 reichte Saúl Luciano Lliuya daher vor dem Landgericht in Essen Klage gegen den deutschen Energieriesen RWE ein. Er fordert, dass RWE etwa ein halbes Prozent der notwendigen Schutzmaßnahmen am Palcacocha-Gletschersee oberhalb von Huaraz bezahlen soll, denn RWE ist für ca. ein halbes Prozent aller durch menschliches Handeln freigesetzten CO₂-Emissionen seit Beginn der Industriali-

sierung verantwortlich. Gleichzeitig appelliert Saúl Luciano Lliuya an die lokalen Behörden, jetzt die Schutzmaßnahmen einzuleiten. Gemeinsam mit anderen Menschen aus Huaraz hat er eine Nichtregierungsorganisation gegründet, die mit konkreten Projekten die Anpassungsfähigkeit vor Ort verbessern soll.

Saúl Luciano Lliuyas Zivilklage ist die erste ihrer Art vor europäischen Gerichten. Sie hat zum Ziel, große Verursacher wie RWE in die Verantwortung zu nehmen und zu weniger schädlichen Geschäftsmodellen zu bewegen. Germanwatch und die Stiftung Zukunftsfähigkeit unterstützen Saúl Luciano Lliuya, nicht nur um dazu beizutragen, dass neue juristische Möglichkeiten für Betroffene entstehen. Es soll vor allem auch der Druck wachsen, nationale und internationale politische Lösungen für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten zu entwickeln.

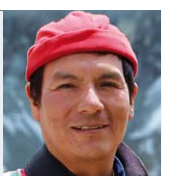
Zwar wurde der Fall in erster Instanz vom Landgericht Essen abgewiesen, doch Saúl Luciano Lliuya ist, wenn nötig, bereit, durch alle Instanzen zu gehen, und legte im Januar 2017 beim Oberlandesgericht Hamm Berufung ein. Zunächst einmal ist zentral, dass es gelingt, dass die Beweisaufnahme formal eröffnet wird. Dies hätte bereits einen immensen Präzedenzcharakter.

Zeitgleich mit dem Klimagipfel in Bonn geht am 13. November für Saúl Luciano Lliuya der Kampf nun also in die zweite Runde, vor dem Oberlandesgericht in Hamm. Er alleine kann die Gerichts- und Anwaltskosten nicht tragen. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit fördert sein dem Gemeinwohl dienendes Anliegen und ruft dazu auf, die Klage mit Spenden zu unterstützen. Diese werden auch für notwendige wissenschaftliche Gutachten und die persönliche Teilnahme an den Gerichtsverhandlungen genutzt.

Julia Grimm

Für die Anwalts- und Gerichtskosten des Klägers in diesem Musterverfahren ruft die Stiftung Zukunftsfähigkeit zu Spenden auf: GLS Gemeinschaftsbank eG IBAN: DE 77 4306 0967 0014 0396 00 • BIC: GENODEM1GLS

Online: www.betterplace.org/de/projects/35937



Termine

- **Bonn, 07.11.:** Diskussion „Von NRW in die Welt: Beiträge zum internationalen Klimaschutz“, u. a. mit Christoph Bals. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/14474
- **Bonn, 10.-17.11.:** Projektstage „Weltklimakonferenz für Kinder & Jugendliche“, u. a. mit Melanie Gehenzig und Nicole Bosquet. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/14215
- **Hamburg, 27.11. 19 Uhr:** Podiumsdiskussion „Klimapolitik auf dem Prüfstand“, u. a. mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/14373
- **Frankfurt am Main, 1.+2.12.2017:** Forum „Die Welt reparieren!“, u. a. mit Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/14235

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1
Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19
Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Gerold Kier, Klaus Milke. Stand: Oktober 2017. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.
Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.
Gefördert von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst sowie durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aus-sendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Hintergrundpapier: Ausblick auf den Klimagipfel COP23 Fidschi/ Bonn. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/14525
- ➔ Das Klimaschutz-Sofortprogramm 2018-2020. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/14524
- ☐ Analyse: The last battle of the fossil lobby. Eine Analyse der Rosengarten-Rede von Donald Trump. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/13976
- ☐ Bericht 2017: Globale Energiewirtschaft und Menschenrechte. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/13958
- ☐ Unterrichtsmaterial: Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung I und II. Je 5 Euro. www.germanwatch.org/de/14072 (I) bzw. www.germanwatch.org/de/14073 (II)

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (030) 28 88 356-0, Fax (030) 28 88 356-1, oder per Post an Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

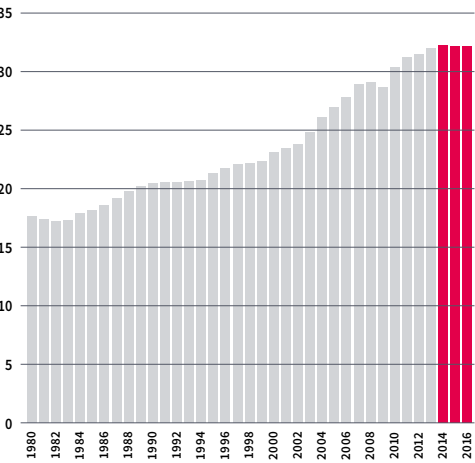
Tel./Fax

E-Mail

Ein Schritt zurück, drei nach vorne? Klimapolitik in Zeiten von Trump

Der angekündigte Rückzug der Regierung Trump aus dem Paris-Abkommen erhöht die Verantwortung anderer Akteure für den Erfolg des Abkommens. Aber die Zeichen stehen nicht ganz schlecht, denn die globale Energiewende kommt in Gang: Seit 2015 ist der Kohleverbrauch weltweit gesunken, im Jahr 2016 um etwa sechs Prozent. Bereits in 30 Ländern sind Sonne und Wind kostengünstiger als fossile Energieträger – ohne jede Subvention. In den letzten drei Jahren sind erstmals die weltweiten energiebedingten CO₂-Emissionen nicht mehr gestiegen, obwohl die Weltwirtschaft gewachsen ist.

Die globalen CO₂-Emissionen (in Gigatonnen) stagnieren seit drei Jahren



Quelle: Eigene Darstellung nach: International Energy Agency 2017

Doch noch fallen die Emissionen zu langsam, um die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C oder 1,5°C begrenzen zu können. Bei Fortschreibung der bisherigen Entwicklungen steuern wir auf gut 3°C Erwärmung im Ver-

gleich zu vorindustrieller Zeit zu – mit katastrophalen Folgen. Deswegen muss der Wandel jetzt beschleunigt und verstetigt werden. Es gilt zudem, den Strukturwandel gerecht zu organisieren; in enger Kooperation mit denen, die bereits von der Klimakrise betroffen sind.

Neue Führungsrollen

Erstens müssen die Klimaverhandlungen nun die Regeln für die wirkungsvolle Umsetzung des Klimaabkommens von Paris erarbeiten. Nach dem Ausfall der USA braucht es dazu neue Führung – aber nicht im Sinne einer neuen Führungsmacht, sondern im Sinne gemeinsamer Verantwortung verschiedener Akteure. Die Europäische Union und China werden eine wichtige Rolle spielen müssen, gemeinsam mit Kanada und einer Reihe von lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern, die sich zur ambitionierten Ausgestaltung des Pariser Abkommens bekennen. Neue Führung kommt auch von den rund 50 verletzlichsten Entwicklungsländern, die zum Beispiel bereits angekündigt haben, ihre Klimaziele ab 2018 zu überarbeiten und zu erhöhen.

Neue Akteure

Zweitens müssen die Akteure unterhalb der Ebene der Nationalstaaten anerkannt werden, die den Klimaschutz vorantreiben. Die US-Bundesregierung mag sich aus dem Paris-Abkommen zurückziehen, aber die Mehrheit der US-AmerikanerInnen setzt mehr denn je auf den Klimaschutz. Eine Koalition von neun Bundesstaaten, über 220 Städten und 1.650 Unternehmen und Investoren will sogar dafür sorgen, dass das US-Klimaziel eingehalten

wird, an das die Trump-Regierung sich nicht mehr gebunden fühlt, und dazu einen quantifizierten Bericht bei den Vereinten Nationen einreichen.

Neue Partnerschaften

Drittens geht es nun um neue Partnerschaften zur konkreten Umsetzung. Die Europäische Union kann mit ihren Nachbarn in Osteuropa, auf dem Balkan oder in Nordafrika Transformationspartnerschaften schließen, die nicht nur dem Klima helfen, sondern neue Perspektiven schaffen. In der Ost-Ukraine führen beispielsweise steigende Energiepreise zu enormen sozialen Verwerfungen. Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien können hier wirtschaftliche Chancen schaffen und zur Stabilisierung der ganzen Region beitragen. Ein anderes Beispiel für neue Zusammenarbeit ist die Africa Renewable Energy Initiative, die sehr ehrgeizig die Energiewende in Afrika voranbringen will. Sie wird von afrikanischen Institutionen entwickelt und umgesetzt, mit finanzieller Unterstützung aus den Ländern des Nordens. Beim Umgang mit Klimafolgen hilft etwa die InsuResilience-Initiative, die Klimarisikoversicherungsinstrumente unterstützt, um insbesondere auch die Ärmsten, die sich keine Versicherung leisten können, besser gegen Wetterextreme abzusichern. Germanwatch wird in den nächsten Jahren solche Initiativen intensiv begleiten. Denn ohne eine wache und aktive Zivilgesellschaft wird es nicht gelingen, die notwendige Transformation ambitioniert und gerecht zu gestalten.

Lutz Weischer

Abschied von einer faszinierenden Kämpferin

Ihr klarer Kompass für Zukunftsfähigkeit, ihr unbestechlicher und doch pragmatischer Blick für mutige Strategien und ihre herzliche und zupackende Kameradschaft begeisterten. Kristina Steenbock war in den Jahren 2005 bis 2010 zweite Vorsitzende von Germanwatch. Für uns noch nicht fassbar ist sie Mitte Oktober nach langer, sich zuletzt zuspitzender Krankheit gestorben. Wir trauern um eine Freundin und Kollegin.

Kristina hatte immer den Mut zur Grenz-gängerin. Sie wollte die Chancen der verschiedenen Logiksysteme, die zur Lösung der Nachhaltigkeitsprobleme zusammenarbeiten müssen, bis an deren Grenzen ausnutzen. So wechselte die wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag 1992 zu Greenpeace. Während der folgenden Jahre, als sie die Leitung der politischen Vertretung von Greenpeace Deutschland innehatte und Greenpeace International bei der UN in New York vertrat, lernten wir sie kennen und schätzen. Sie wurde für uns eine wichtige Ansprechpartnerin, als sie als Referatsleiterin für Grundsatzfragen und Ökologie ins Bundeswirtschaftsministerium wechselte. Dort bereitete sie unter anderem Deutschlands offiziellen Beitrag zum Weltgipfeltreffen für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002 vor.

Wir setzten große Hoffnung darauf, als sie dann zur zweiten Geschäftsführerin der Deutschen Energie-Agentur berufen wurde und mit Partnern aus dem Wirtschafts- und Finanzsektor Kampagnen für die Verbesserung der Marktzugänge für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz-Technologien entwickelte. Auch in dieser Position ließ sie sich nicht verbiegen und als ökologisches Aushängeschild für eine falsche Energiepolitik der Bundesregierung nutzen. Bereits im Herbst 2003 trat sie von ihrem Posten zurück. Kristinas Handabdruck, ihr Beitrag für eine gerechtere und nachhaltigere Welt war schon damals beeindruckend.

Wir freuten uns umso mehr, dass wir sie damals dafür gewinnen konnten, für den Germanwatch-Vorstand zu kandidieren, wo sie das Profil von Germanwatch maßgeblich weiterentwickelte. Parallel dazu beriet sie Unternehmen im Kontext der Energietransformation. Im September 2010 wurde sie Geschäftsführerin der neuen Smart Energy for Europe Plattform (SEFEP). Die innovative Plattform setzte sich dafür ein, europaweit eine vollständig dekarbonisierte, zuverlässige, sichere und vorwiegend aus erneuerbaren Energiequellen gewonnene Stromversorgung vor dem Jahr 2050 zu etablieren. Nachdem sie 2013 bereits krank-

heitsbedingt die Geschäftsführung bei SEFEP aufgegeben hatte, wurde sie Senior Advisor für den beschleunigten Ausbau der Energienetze bei der Renewables Grid Initiative (RGI) und arbeitete gleichzeitig auch als Beraterin – für Germanwatch.

Unverdrossen kämpfte sie weiter – gegen den Krebs, aber auch für die gemeinsamen Ziele. Sie unterstützte uns bis zuletzt, soweit es ihre Krankheit zuließ, durch wichtige und strategische Zuarbeit. Mitte September bedankte sie sich herzlich für eine vom gesamten Germanwatch-Team unterzeichnete Grußkarte. „Sowas macht gesund!“, schrieb sie. Es ist ganz anders gekommen. Doch für uns wird diese kühl analysierende Strategin mit ihrem Humor und ihrem Kämpferherz als Freundin und anregende Persönlichkeit lebendig bleiben.

Christoph Bals & Klaus Milke

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos: www.germanwatch.org/mitglied-werden